

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen und seine Ausschüsse

Anfragensteller/in	AfD-Fraktion
Eingang	06.11.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/3

Beratungsfolge:

öffentlich

nichtöffentlich

Rat

28.02.2024

Betreff:

**Aufenthaltsbedingte Kosten abgelehnter Asylbewerber und Abschiebungen
- Anfrage der AfD-Fraktion**

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 6. Nov 2023	
GB 2	PR
Zbl. 213	INSTITUTE

AfD-Fraktion • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

311

Siegen, 02. November 2023

Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 22.11.2023

Betreff: Aufenthaltsbedingte Kosten abgelehnter Asylbewerber und Abschiebungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

in der Antwort zu unserer Anfrage vom 12.10.2023 zum Sachstand der Flüchtlingssituation in Siegen hatten Sie u.a. ausgeführt, dass es in Siegen Personen mit folgendem Aufenthalts Status gibt:

- 192 Aufenthaltsgestattungen
- 235 Duldungen und
- 133 abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber.

Dazu bitten wir um Beantwortung unsrer folgenden weitergehenden fragen:

1. Welche Nationalität haben die Personen mit Aufenthaltsgestattungen, Duldungen bzw. die abgelehnten Asylbewerber
2. Erfreulicherweise wird die Stadt Siegen 2,583 Mio. Euro Unterstützung vom Land NRW für die Unterbringung von Flüchtlingen erhalten, damit stellt sich aber die Frage:
Wie hoch sind die verbleibenden Kosten, die der Stadt Siegen für die 3

genannten Personengruppen (Aufenthaltsgestattungen, Duldungen und ausreisepflichtige Asylbewerber) entstehen, die NICHT erstattet oder bezuschusst werden?

3. Sie teilen mit, dass von 133 nachvollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern lediglich 13 Personen, also 10% abgeschoben wurden. Wurden diese Personen in ihre Heimatländer abgeschoben? Wenn ja in welche? Oder wurden die Personen nach dem Dublin-Abkommen in europäische Staaten abgeschoben. Wenn ja, wie viele?
4. Warum wurden nicht weitere Abschiebungen durchgeführt?
5. Die Bundesregierung kündigte an, deutlich mehr und schneller abschieben zu wollen. Die „Rückführungsoffensive“ wurde schon im Koalitionsvertrag vereinbart und soll jetzt nochmals „intensiviert“ werden. „Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben., fordert z.B. der Bundeskanzler. Wird die Verwaltung die Forderung von Kanzler und Regierung umsetzen und zukünftig mehr und schneller abschieben?

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende



Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender

